

Ressort: Politik

Bericht: Bundesregierung klagt gegen Almunias EEG-Beihilfeverfahren

Berlin, 28.02.2014, 14:58 Uhr

GDN - Die Bundesregierung klagt offenbar gegen das von EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia eingeleitete EEG-Beihilfeverfahren. Die Klage sei am frühen Freitagnachmittag beim Gericht der Europäischen Union eingereicht, berichtet das "ARD-Hauptstadtstudio" unter Berufung auf das Wirtschaftsministerium.

Mit dem Beihilfeverfahren will die EU prüfen, ob die Ökostromrabatte für die Industrie in Deutschland das europäische Wettbewerbsrecht verletzen. Energieintensive Unternehmen, wie Aluminiumhersteller oder Unternehmen der Chemiebranche, sind zu fast 100 Prozent von der EEG-Umlage befreit. EU-Kommissar Almunia will derzeit eine Befreiung von nur noch 80 Prozent. Die Einreichung der Klage ist eine neue Eskalationsstufe im Streit zwischen Deutschland und der EU um das EEG. In der Union, im Bundeswirtschaftsministerium und in den Industrieverbänden wird befürchtet, dass dadurch viele Unternehmen in der Grundstoffindustrie schließen müssten. Von bis zu 200.000 Arbeitsplätzen in Deutschland ist die Rede. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel befindet sich derzeit in Italien und hat sich zur Klage bisher nicht geäußert.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-30844/bericht-bundesregierung-klagt-gegen-almunias-eeg-beihilfeverfahren.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619